

Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2019

Armut ist weiblich – heute die Armut von morgen bekämpfen!

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Hessen fordert zum Internationalen Frauentag die Politik auf, Altersarmut von Frauen wirksam zu bekämpfen.

Die Alterssicherungseinkünfte von Frauen sind in Deutschland nicht einmal halb so hoch, wie die der Männer. Gründe hierfür sind vor allem Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Kinderbetreuung und Pflege. Hinzu kommt, dass Frauen sich – im Gegensatz zu Männern – doppelt so häufig in prekärer (Teilzeit-)Beschäftigung befinden. Auch die unterdurchschnittliche Bezahlung geschlechtsspezifischer Arbeit, beispielsweise in Pflege- und Sorgeberufen, verschlechtert die Lebenssituation von Frauen weiter.

„Wenn jetzt die Weichen nicht neu gestellt werden, wird sich die Altersversorgung der Frauen zukünftig weiter dramatisch verschlechtern“, so Michael Rudolph, Sprecher des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in Hessen.

Konkret fordert das Bündnis eine bessere Bewertung niedriger Einkommen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rente muss das Existenzminimum übersteigen – unabhängig vom Erwerbsverlauf. Das Rentenniveau soll auf mindesten 50 Prozent angehoben werden und eine Anhebung des Renteneintrittsalters lehnt das Bündnis ab.

Die gesetzliche Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens, weil die Einkommen aus Erwerbsarbeit die Rentenhöhe bestimmen. So führen Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegearbeitszeiten, niedriger Arbeitslohn, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und Minijobs zu geringeren oder gar keinen Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Weiterhin fordern wir die Abschaffung von steuerlichen Fehlanreizen.

Daher gilt es, den Niedriglohnsektor effektiv einzudämmen. Insbesondere Minijobs sind für Frauen der direkte Weg in die Altersarmut. Diese müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden. „Die gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, sowie die Aufwertung und bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege – die überwiegend von Frauen geleistet werden – gehören endlich umgesetzt“, so Ralf Weidner, Geschäftsführer des Bündnisses.

Generell unterstützt das Bündnis die Forderung nach geschlechtergerechter Verteilung von familiärer Sorgearbeit.

Michael Rudolph
Sprecher

Ralf Weidner
Geschäftsführer

Pressekontakt: ralf.weidner@ekkw.de

Weitere Infos: www.soziale-gerechtigkeit-hessen.de

Zum Hintergrund:

Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen in Hessen haben sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Gemeinsam mit örtlichen Aktionsgemeinschaften und Bündnissen in anderen Bundesländern setzen wir uns ein für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, für Teilhabe und für eine Altersversorgung, die zu einem Leben in Würde reicht. Wir machen uns dafür stark, Armut im Alter im wohlhabenden Hessen zu verhindern.